

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

346

Wien, am 20. November 1934.

## Der Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien 1935.

Der Bürgermeister hat am Dienstag, den 20. November, den Entwurf des Voranschlages der bundesunmittelbaren Stadt Wien für das Jahr 1935 in der Sitzung des Haushaltsausschusses der Wiener Bürgerschaft eingebracht.

Der Voranschlag der bundesunmittelbaren Stadt Wien wurde begreiflicherweise in einer Zeit **ausgearbeitet, in der die neue Geschäftseinteilung, somit die Gliederung der Verwaltung der Stadt Wien noch nicht genau feststand.** Daraus ergab sich die Notwendigkeit, den Voranschlag in der bisher üblichen Gliederung nach Verwaltungsgruppen aufzustellen. Noch vor der endgültigen Abstimmung in der Wiener Bürgerschaft wird diese Umarbeitung, die sich ja nur auf die **technische Verteilung, nicht auf die ziffernmässigen Ansätze selbst zu beziehen hat, durchgeführt sein, sodass der von der Bürgerschaft genehmigte Voranschlag in jeder Hinsicht den geänderten Verhältnissen angepasst sein wird.**

### Allgemeines.

Der Voranschlag der bundesunmittelbaren Stadt Wien ist ein Bruttobudget, das die laufenden Einnahmen und Ausgaben der Hoheitsverwaltung einschliesslich der Betriebe und betriebsmässig verrechneten Verwaltungszweige und als besondere Gruppe die Ansätze des ausserordentlichen Investitionsprogrammes enthält. Infolgedessen sind die sogenannten Wertdurchführungen unvermeidlich, die nur buchmässige Bedeutung haben und deren Summe von den Voranschlagssummen in Abzug gebracht werden muss, um die kassenmässig wirksame Gebarung zu kennen. Um die Durchsichtigkeit des Budgets zu fördern, ist man bemüht, diese Wertdurchführungen soweit als möglich einzuschränken. Der Voranschlag 1935 bringt hier insofern einen Fortschritt, als die zentralen Beschaffungsstellen (Dampfwäscherei, Heizwerkstätten, Baustoffbeschaffung, Wirtschaftsamt und Bäckerei) mit ihrem Aufwand nicht mehr ausgewiesen werden, da ihre Kosten bereits im Sachaufwand der Rubriken der Verbrauchsstellen (Wohlfahrtsanstalten, Amtshäuser, Schulen und dergleichen) enthalten sind. Diese Aenderung erfolgte im Einvernehmen mit dem Kontrollamt der Stadt Wien und dem Oesterreichischen Rechnungshof. Sie erspart Wertdurchführungen von rund 2,000.000 Schilling.

Die städtischen Unternehmungen haben ihre Wirtschaftspläne selbständig aufgestellt.

Dem Voranschlag der Hoheitsverwaltung sind die Sondervoranschläge der von der Stadt verwalteten Fonds und Fonds- und Stiftungszinshäuser angereiht. Im Anhang sind die Posten: "Betriebserfordernisse", "allgemeine Unkosten", und "Erhaltungsauslagen" von Betrieben und betriebsmässig verrechneten Verwaltungszweigen zergliedert. Ferner enthält der Anhang den Ausweis über den Personalstand, zusammenfassende Darstellungen über Wohlfahrtswesen, Schulwesen und Investitionen und schliesslich ein Verzeichnis der in den Ansätzen des Voranschlages enthaltenen kassenmässig unwirksamen Wertdurchführungen.

Die Ansätze der Einnahmen sind unter voller Berücksichtigung der derzeit geltenden, für den Stadthaushalt in Betracht kommenden Gesetze, Verordnungen und wirtschaftlichen Verhältnisse mit äusserster Vorsicht erstellt. Zieht man die blossen Wertdurchführungen per 26,650.530 Schilling ab, so beträgt die Gesamtsumme der Einnahmen 272,993.440 Schilling. Gegenüber dem Jahre 1930, in welchem der Stadthaushalt eine der höchsten Einnahmen während der Nachkriegsjahre zu verzeichnen hatte, macht die Verminderung der Einnahmen fast 40 Prozent aus. Die laufenden Ausgaben im gleichen Tempo zu senken, erwies sich als unmöglich, obwohl bei den Erhaltungsauslagen

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am .....

selbst notwendige Arbeiten zurückgestellt wurden. Ohne die Ansätze des Sofort-Programmes rechnet der Voranschlag mit einer kassenmässigen Gesamtausgabe von 287,247.880 Schilling. Diese Ziffer enthält dringende arbeitsschaffende Ausgaben, wie unaufschiebbare Reparaturen, die Beschaffung von unentbehrlichem Material, Schneearbeiterlöhne und dergleichen im Betrage von rund 32'5 Millionen Schilling, jedoch Investitionen von bloss 4,974.480 Schilling. Hier ist allerdings das im Jahre 1935 geltende ausserordentliche Investitionsprogramm (Sofortprogramm) hinzuzunehmen, das für das angegebene Kalenderjahr Aufwendungen im Gesamtbetrage von 34,065.000 Schilling vorsieht. Dadurch erhöht sich die Summe der kassamässigen Ausgaben auf 321,312.880 Schilling. Unter Einschluss der Wertdurchführungen stellen sich die Ausgaben auf insgesamt 347,963.410 Schilling.

Einzelne Ansätze, die mit der Gebarung des Bundes zusammenhängen (Zuschläge zu den Bundesgebühren, Beitrag zum Kleinrentnerfonds und andere mehr) sind vorläufig nach Annahmen des Magistrates ermittelt. Sie können allenfalls noch während der Beratung nach Veröffentlichung des Bundesvoranschlages eine Richtigstellung erfahren.

## Besondere Bemerkungen.

Der Personalaufwand für die Hoheitsverwaltung, das Schulwesen und das Kontrollamt ist noch in einer eigenen Gruppe veranschlagt, dagegen jener der Betriebe und der betriebsmässig verrechneten Verwaltungszweige auf den bezüglichen Aufwandrubriken.

Für die Stadtvertretung sind für 1935 Ausgaben von 349.400 Schilling vorgesehen. Im Voranschlag für das Jahr 1934 wurden für die gewählten Funktionäre insgesamt 643.290 Schilling eingesetzt. Dazu kommen die Bezüge der amtsführenden Stadträte per 166.200 Schilling, die unter Hauptbezügen des Magistrates veranschlagt waren. Die Kosten für die Gemeindevertretung betragen daher laut Voranschlag 1934 insgesamt 809.490 Schilling. Die Neugestaltung der Stadtvertretung bedeutet daher eine Ersparung von fast einer halben Million Schilling.

Der gesamte Personalaufwand ist mit 144,425.630 Schilling angenommen. Davon entfallen 99,918.750 Schilling auf das aktive Personal, 41,292.880 Schilling auf Pensionsparteien und 3,214.000 Schilling auf Pensionlasten auf Grund des Trennungsgesetzes vom Jahre 1921. Im Jahre 1930 hatte der Personalaufwand die Höhe von 193,290.180 Schilling erreicht und beanspruchte damals 47'9 Prozent der Ausgaben abzüglich der Investitionen; dieser prozentuelle Anteil verringert sich für 1935 auf 46'7 Prozent. In der gleichen Zeit (1. August 1930 bis 1. August 1934) hat sich der Stand des aktiven Personals von 25.867 auf 22.027, das ist um 3.840 Personen vermindert, der Stand der Pensionisten von 10.371 auf 12.387, das ist um 2.016 Personen vermehrt. Demnach hat sich der gesamte Personalstand von 36.238 auf 34.414, das ist um 1.824 Personen vermindert.

Der oben angeführte gesamte Personalaufwand betrifft im wesentlichen zwei Gruppen: die Hoheitsverwaltung und das Schulwesen.

Der Personalaufwand des Magistrates erfordert 89,312.930 Schilling gegen 97,927.980 Schilling des Voranschlages 1934. In dieser Ziffer sind jedoch die persönlichen Erfordernisse für die zentrale Verwaltung des Schulwesens (Stadtschulrat, Liquidierung und Verrechnung der Bezüge usw.) sowie für die Verwaltung der Schulgebäude im Gesamtbetrage von 647.200 Schilling nicht enthalten. Auf die Aktivitätsbezüge entfallen vom obigen Aufwand 68,316.270 Schilling, auf die Ruhe- und Versorgungsgenüsse 20,691.660 Schilling, das sind 34'7 Prozent der reinen Hauptbezüge.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

III. Blatt.

Wien, am .....

Der Personalaufwand des gesamten Schulwesens beträgt 51,226.950 Schilling gegen 58,720.530 Schilling des Voranschlages 1934. Der verhältnismässig stärkere Abfall beim Schulwesen ist vor allem auf das Absinken der Schülerzahl, die Pensionierung verheirateter Lehrerinnen sowie ausgeschiedener Lehrpersonen und deren Ersatz durch Junglehrer zurückzuführen. Die Aktivitätsbezüge des Schulpersonales belaufen sich auf 30,957.550 Schilling. Die Ruhe- und Versorgungsgenüsse der Lehrpersonen erfordern einen Aufwand von 18,720.850 Schilling, wozu noch die aus den Fondseinnahmen bestrittenen Pensionen in der Höhe von 1,251.600 Schilling kommen. Insgesamt betragen daher die Pensionen für das Schulwesen 19,972.450 Schilling, das sind 66'9 Prozent der Hauptbezüge des im Schulwesen verwendeten Personales.

Als Personalaufwand des Kontrollamtes, der im Jahre 1930 700.200 Schilling erforderte, sind 322.350 Schilling eingesetzt.

Die Einnahmen an eigenen Abgaben der Stadt Wien und an Zuschlägen zu den Bundesgebühren sind mit 102,270.000 Schilling präliminiert. Folgende Aufstellung zeigt die Entwicklung dieser Einnahmen nach ihrem Ertragnis und nach ihrem prozentuellen Anteil an den kassamässigen Gesamteinnahmen im letzten Dezennium.

\*\*\*\*\*  
Jahr: Einnahme: d.i. % der kassamässigen Gesamteinnahmen:

.....			
1926 .....	176,715.860 S .....	48'1	%
1927 .....	188,323.880 " .....	48'8	"
1928 .....	197,109.130 " .....	45'4	"
1929 .....	210,517.860 " .....	46'2	"
1930 .....	201,690.100 " .....	45'3	"
1931 .....	182,856.750 " .....	46'7	"
1932 .....	172,616.240 " .....	49'7	"
1933 .....	151,507.170 " .....	44'3	"
1934 (Voranschlag)	133,577.000 " .....	42'3	"
1935 (Voranschlag)	102,270.000 " .....	37'5	"

Zu dieser Tabelle ist zu bemerken, dass das überraschende Ansteigen des Hundertsatzes im Jahre 1932 auf die damals eingeführten Zuschläge zur Wohnbausteuer zurückzuführen ist. Das weitere Sinken des Hundertsatzes im Voranschlag 1935 gegenüber dem im Jahre 1934 ist auf verschiedene Umstände zurückzuführen: Die Wohnbausteuer, welche durch die Einführung des Zuschlages eine in ihrer progressiven Steigerung für die Geschäftswelt kaum mehr tragbare Höhe erreicht hatte, wurde durch die Steuerverordnung des Bürgermeisters vom 9. Juni 1934 aufgehoben und durch die Mietaufwandsteuer ersetzt; die Erleichterung die sich daraus für die Wirtschaft ergibt, wirkt sich in einer Verminderung des Ertrages um 7'5 Millionen Schilling aus. Auch bei der Bodenwertabgabe von unverbauten Grundflächen wurden durch Verordnung des Bundeskommissärs für Wien vom 15. März 1934 namhafte Erleichterungen geschaffen. Während der Voranschlag für das Jahr 1934 ein Ertragnis dieser Abgabe mit noch 1,700.000 Schilling vorsieht, rechnet der vorliegende Voranschlag nur mehr mit 600.000 Schilling. Die ertragreichste Abgabe - die Fürsorgeabgabe - musste um 1,000.000 Schilling herabgesetzt werden, da von der durch die Steuerverordnung des Bürgermeisters vom 9. Juni 1934 ermöglichten Pauschalierung der Abgabe auf der Basis des vorhergehenden Jahres häufig Gebrauch gemacht wird. Durch Einführung der Pauschalierung hat die Stadt freiwillig auf jene Mehrertragnisse verzichtet, die sich aus der zweifellos feststellbaren Besserung der Wirtschaft sonst für sie ergeben würden.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

IV. Blatt

Wien, am .....

Die Erträgnisse der Lustbarkeitsabgabe wurden um 4,000.000 Schilling niedriger präliminiert. Die Stadtverwaltung hat jene Ermässigungen, die seinerzeit durch eine Verordnung der Bundesregierung den Kinos befristet zugestanden wurden, weiterhin aufrecht erhalten und darüber hinaus gelegentlich der Einführung der Steuerkarten auch Milderungen der Steuersätze selbst gewährt. So sei nur darauf hingewiesen, dass zum Beispiel bei Konzerten in Konzertsälen die Steuerkarte bei einem Eintrittspreis von 5 Schilling nur 5 Groschen beträgt, während die bisherige Prozentualabgabe 35 Groschen ausgemacht hat. Bei den Theatern betrug die Lustbarkeitsabgabe für Prosa- und Opernaufführungen 4 Prozent, für Operetten und ähnliche Aufführungen 6 Prozent vom Eintrittspreis; die ab 1. Jänner 1935 zur Einführung gelangende Steuerkarte wird bei Eintrittspreisen bis

	2'- Schilling	.....		2 Groschen
von	2'01	"	bis	3'99 S 5 "
	4'-	"	"	5'99 " 10 "
	6'-	"	"	7'99 " 20 "

betragen und erreicht ihr Höchstausmass mit 30 Groschen bei Eintrittspreisen über 8 Schilling.

Auf Grund der Erfahrungen des laufenden Jahres mussten auch die Erträgnisse der Fremdenzimmerabgabe, der Inseratenabgabe, der Hundeabgabe der Feilbietungsabgabe, der Konzessionsabgabe, der Beiträge der Feuerversicherten und der Wasserkraftabgabe um insgesamt 1'25 Millionen Schilling gegenüber 1934 herabgesetzt werden. Die Wertzuwachsabgabe ist in Berücksichtigung der seit Anfang Dezember wirksamen Verfügung der Bundesregierung, wonach der Ermittlung des Wertzuwachses die Goldwerte zugrunde zu legen sind, nur mehr mit 1 Million Schilling (1934: 5 Millionen Schilling) veranschlagt.

Die Bierverbrauchsabgabe, welche für das Jahr 1934 noch mit einem Ertrage von 5,880.000 Schilling eingesetzt war, wurde seither vom Bunde inkameriert und scheint <sup>daher</sup> nicht mehr auf. Zur Gänze fehlen im Voranschlag ferner die Nahrungs- oder Genussmittelabgabe, die Hauspersonalabgabe und die Pferdeabgabe, auf deren Einhebung die Stadtverwaltung mit Steuerverordnung des Bürgermeisters vom 9. Juni 1934 verzichtet hat.

Zu weiteren Ermässigungen auf dem Gebiete des Abgabewesens kann sich die Stadtverwaltung im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht entschliessen, da bereits der vorliegende Haushaltsplan für das kommende Jahr einen Abgang von 14,254.440 Schilling errechnet. Dieser Abgang wird noch eine Erhöhung erfahren, sobald die Verhandlungen, welche mit der Bundesfinanzverwaltung bezüglich ihrer Forderungen auf die Leistung eines Beitrages zu den Kosten der Polizei und auf Neuregelung der Verpflegskosten für die Wiener Fondsspitäler geführt werden, abgeschlossen sind. Weitere Steuererleichterungen müssten sich dann vor allem zu Lasten des Fürsorgewesens, des Schulwesens sowie des sonstigen Sachaufwandes auswirken und damit Folgen zeitigen, die sicherlich von keinem billig denkenden Menschen gewünscht werden können.

Die zweithöchste Post der Einnahmen, die Ertragsanteile an den mit dem Bunde gemeinschaftlichen Abgaben, ist entsprechend dem neuen Abgabenteilungsgesetz vom 26. Oktober 1934 nur mehr mit 52'8 Millionen Schilling veranschlagt. Dies bedeutet gegenüber dem Jahre 1930, in welchem aus diesem Titel einschliesslich der Erbgebührensuschläge 138,650.000 Schilling veranschlagt worden waren, eine Kürzung um fast 86,000.000 Schilling oder 63 Prozent. Das Prozentverhältnis, in dem die Ertragsanteile zu den kassamässigen Gesamteinnahmen stehen, ist von 31'1 Prozent auf 19'3 Prozent, das ist rund von einem Drittel auf ein Fünftel zurückgegangen. Damit treten die Ertragsanteile in der Einnahmenwirtschaft an die dritte Stelle, da die Ein-

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

V. Blatt

Wien, am.....

nahmen aus den betriebsmässig verrechneten Verwaltungszweigen exklusive Verpflegskostensätze für 1935 mit rund 63,000.000 Schilling veranschlagt sind.

Eine Einnahme, die zur Gänze der Stadt Wien entzogen wurde, ist die Vergütung für die Einhebung der Bundessteuern und der zugehörigen Umlagen. Sie betrug im Jahre 1930 6,760.000 Schilling und war für 1934 noch mit 4'2 Millionen Schilling präliminiert. Bei dem Entzug dieser Einhebungstätigkeit wurde aber auch die Möglichkeit, die Ausgabeseite durch Uebernahme des hierfür verwendeten Personals in Bundesdienste in gleichem Masse herabzusetzen, nicht geboten.

Die drei besprochenen Einnahmen im Steuerwesen: die Abgaben und Zuschläge, die Ertragsanteile und die Vergütung für die Einhebung, hatten im Jahre 1930 insgesamt 347,100.000 Schilling betragen. Im Voranschlag 1935 finden sich bloss 155,070.000 Schilling. Während sonach durch das Abgabewesen im Jahre 1935 77'9 Prozent der Einnahmen aufgebracht werden konnten, werden es im Jahre 1935 nur mehr 56'8 Prozent sein. Den Ausgaben gegenübergestellt, bedeutet dies, dass vom Ausgabeschilling im Jahre 1930 noch 75 Groschen, vom Ausgabeschilling des Jahres 1935 aber nur mehr 54 Groschen aus diesen Einnahmen bestritten werden, eine Tatsache, die bei der Beurteilung der Finanzlage Wiens sehr zu beachten ist.

Die Kosten des Dienstes für die Anlehensschuld mit einem Erfordernis von rund 17,000.000 Schilling werden wie in den Vorjahren zum grössten Teil durch Beiträge des Bundes, der städtischen Unternehmungen und anderer aufgebracht. Neue Verpflichtungen der Stadt verursachen der Ueberbrückungskredit, der im Sinne des Beschlusses der Wiener Bürgerschaft vom 6. Juni 1934, Pr.Z. 1906, zur Deckung des voraussichtlichen Abganges des Jahres 1934, im Betrage von 45,000.000 Schilling in Form von kurzfristigen Schatzscheinen der Stadt aufgenommen wurde, und der Hypothekarkredit zur Deckung des ausserordentlichen Investitionsprogrammes. Für den Dienst der Schatzscheine sind im vorliegenden Voranschlag 11,054.000 Schilling, für jene des Hypothekarkredites 2,116.000 Schilling vorgesehen.

Die Zinsen vom beweglichen Vermögen, die seinerzeit für Wien noch sehr namhafte Summen (z. Beispiel 1930 11'9 Millionen Schilling) einbrachten, konnten mit Rücksicht auf die Herabsetzung der Bankrate, den starken Rückgang der Kassenbestände, die Reduzierung des Effektenbestandes, die Auflassung der Verzinsung der Vorschüsse an den Bürgerspitalfonds und so weiter mit nur mehr 2'5 Millionen Schilling veranschlagt werden.

Von den städtischen Unternehmungen erhielt der Haushalt der Hoheitsverwaltung in den Vorjahren bis einschliesslich 1932 nur die Ueberchüsse der kleineren Unternehmungen im jährlichen Gesamtbetrage von 500.000 Schilling bis 1,000.000 Schilling. Ab 1933 müssen jedoch mit Ausnahme der Strassenbahnen auch die grossen Unternehmungen zum Aufwand der Hoheitsverwaltung beitragen. Für 1935 ist eine Abfuhr der Unternehmungen im Gesamtbetrage von 22,255.000 Schilling vorgesehen.

Für Wohlfahrtswesen und soziale Verwaltung sind einschliesslich der Wertdurchführungen insgesamt Ausgaben in der Höhe von 106,819.700 Schilling veranschlagt, das sind 34 Prozent der laufenden Ausgaben überhaupt. Von diesem Aufwand entfallen 45,025.300 Schilling oder 42'2 Prozent auf unmittelbare und mittelbare Zuwendungen (Aushilfen, Erhaltungsbeiträge, Beiträge zur Arbeitslosenfürsorge und zum Kleinrentnerfonds, Förderung von Hilfsaktionen und andere mehr), 33,627.060 Schilling oder 31'5 Prozent auf Sachausgaben (Anstaltspflege, Schülerspeisung, Kindergärten, Gesundheitsfürsorge, Friedhöfe und andere) und 28,167.340 Schilling oder 26'3 Prozent auf Personalaufwand.

Die Anstaltspflege beansprucht 41,933.810 Schilling. Davon entfallen auf eigene Anstalten 29,556.500 Schilling. Die Verpflegskosten- und

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VI. Blatt

Wien, am.....

sonstigen Ersätze tragen zum Aufwand der Anstaltspflege bloss 5,882.600 Schilling bei. Dieser Aufwand entspricht ohne Berücksichtigung der vorübergehend im Obdachlosenheim Schutz suchenden Personen einer Zahl von 8,370.000 Verpflegstagen. Die Führung der Kindergärten und Horte erfordert 4,388.900 Schilling. Für die Schülerspeisung sind 1,394.300 Schilling und für Säuglingswäsche 190.000 Schilling ( gegen 323.000 Schilling laut Voranschlag 1934) vorgesehen. Erwähnenswert ist noch die Steigerung der Ausgaben für die Versorgung armer Kranker mit Arzneien und Bandagen, wofür 750.000 Schilling gegen 540.000 Schilling im Voranschlag 1934 eingesetzt sind. Zur Förderung von Hilfsaktionen (Winterhilfe, Jugend in Not, Jugend in Arbeit, Aktion Lehrlinge aufs Land, Wiener Jugendhilfswerk, Beitrag an den Oesterreichischen Verband für Familienschutz) sind Beiträge von 1,810.000 Schilling veranschlagt.

Hervorzuheben ist eine erst in letzter Zeit geschaffene Aktion der neuen Stadtverwaltung. Ein besonderes Amt hat sich mit der Betreuung kinderreicher Familien zu befassen. Seine Aufgabe ist es, durch Beratung und durch Unterstützungen aller Art den sonst drohenden Verfall von Familien hintanzuhalten. Ein Kredit in der Höhe von 200.000 Schilling steht dieser neuen Stelle zur Verfügung.

Zur Fertigstellung der begonnenen Wohnhausanlagen mussten noch 800.000 Schilling vorgesehen werden. Für die Gewinnung von Wohnräumen in vorhandenen Bauten sind 100.000 Schilling präliminiert.

Auch auf dem Gebiet des Wohnhausbaues hat die neue Stadtverwaltung sich ein neues Programm zurecht gelegt. Die Erfahrung lehrt, dass Eltern wiederholt gezwungen sind, Massenquartiere wenigstens zum vorübergehenden Aufenthalt aufzusuchen und ihre Kinder der öffentlichen oder privaten Befürsorgung zu überlassen. Um auch da die Wiederaufrichtung von Familien, die doch den Grundstock des Aufbaues eines jeden Staatswesens bedeuten, zu fördern, hat der Bürgermeister angeordnet, Wohnungen zu schaffen, die zwar bloss sehr bescheidenen Ansprüchen genügen, immerhin aber doch die Vereinigung der getrennt lebenden Familienmitglieder ermöglichen. Im vorliegenden Entwurf trägt diese Aktion noch die Bezeichnung "Errichtung von Notstandswohnungen". Die Projekte für die erste Anlage, die 217 solcher Wohnungen umfasst, sind bereits fertiggestellt, mit dem Bau wird noch im Jahre 1934 begonnen werden; der für 1935 vorgesehene Ansatz stellt bloss die Kosten für die Vollendung dar. Da die obige Bezeichnung die eigentliche Absicht des Bürgermeisters noch nicht richtig zum Ausdruck bringt, wird die entgeltige Benennung dieser Neuanlage später eingeführt werden. Im Jahre 1935 sollen auch die Stadttrandsiedlungen fortgesetzt werden; bei dieser IV. Aktion wird wie bisher die Stadt Siedlungsträger sein. Geplant ist, dass der Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds 2'8 Millionen Schilling als Darlehen zur Verfügung stellt und die Stadt selbst hiezu Kosten in der Höhe von 385.500 Schilling aufzuwenden haben wird. Für Kleingartenförderung sieht der Haushaltplan rund 100.000 Schilling (1934 rund 55.000 Schilling) vor; die Erhöhung ist darauf zurückzuführen, dass die Kleingartenstelle als Neuerung auch die Planung und Beratung bei Einrichtung und Haltung von Notstandsgärten besorgt.

Die städtische Wohnhäuserverwaltung rechnet nach Abzug der Ausgaben für die Verwaltung, Erhaltung, Instandsetzung, nach Abfuhr von Gebühren und Abgaben sowie nach Durchführung der notwendigen Abschreibungen mit einem Nettoertrag von rund 3 Millionen Schilling. Abschreibungen erfolgen bei den Wohnhausanlagen zum erstenmale, und zwar mit bloss 3/4 Prozent. Bisher kannte man in den Wohnbauten nur Abschreibungen bei den Wächereien und Badeanlagen. Die Nettoeinnahme dient der Sicherstellung des Dienstes für den auf städtische Wohnhausanlagen hypothekarisch sichergestellten Investitionskredit. Der Voranschlag verwirklicht also die Idee, von der die neue Stadtver-

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VII. Blatt

Wien, am.....

waltung bei der Aufstellung des Sofort-Programmes einerseits und der Angleichung der Mietzinse andererseits ausgegangen ist. Während die frühere Stadtverwaltung Millionenbeträge in einer einseitigen Richtung investiert und die Erhaltung vieler anderer notwendiger Einrichtungen vernachlässigt hat, soll der Hypothekarkredit die Möglichkeit geben, diese einer einzigen Generation angelasteten, immobilisierten Geldmittel wieder aufleben zu lassen und der bedrohten Wirtschaft zur Verfügung zu stellen.

Die technischen Betriebe - Bäder, Wasserversorgung, Kanäle und Fuhrwerksbetrieb mit Strassenreinigung und Hauskehrrichtabfuhr - beanspruchen 34,708.050 Schilling gegen 37,071.640 Schilling laut Voranschlag 1934. Vom Mindererfordernis entfallen 1,241.550 Schilling auf Ersparungen beim Personalaufwand und 1,122.040 Schilling auf Einschränkung der sachlichen Erfordernisse. Hierbei sind jedoch rund 1'5 Millionen Schilling für Schneeabfuhr (gegen 1'3 Millionen Schilling im Jahre 1934), 20.000 Schilling (gegen 10.000 Schilling im Jahre 1934) für Versuche auf dem Gebiete des Fahretriebes und 80.000 Schilling für Fliegenbekämpfung (Bruckhaufen und Umleerstation im X. Bezirk) präliminiert. Die Einnahmen der technischen Betriebe sind mit 32,817.180 Schilling veranschlagt gegen 21,949.330 Schilling laut Voranschlag 1934. Die Mehreinnahme ist auf die im Rahmen des Sofort-Programmes vom 6. Juni 1934 beschlossene Hauskehrrichtabfuhrgebühr (Coloniagebühr), die Verminderung der Freiwassermenge und die Wassermessergebühr zurückzuführen.

Für Strassenerhaltung und Strassenbau sind insgesamt 7,386.160 Schilling (gegen 8,341.090 Schilling im Voranschlag 1934) vorgesehen. Für den gleichen Zweck stehen 1935 aus dem Sofort-Programm noch mehr als 13,000.000 Schilling zur Verfügung.

Die Erhaltung der Brücken und Uferbauten erfordert 1,391.290 Schilling gegen 839.270 Schilling im Jahre 1934. Als Beitragsrate an den Bund zum Umbau der Eisenbahnbrücke über die Simmeringer Hauptstrasse sind 90.000 Schilling eingesetzt.

Unter den kleineren Aufwendungen technischer Art ist noch die Erhaltung der Kirchen, Kapellen, Denkmäler und Denkmalbrunnen zu erwähnen, wofür 42.450 Schilling gegen 10.200 Schilling im Voranschlag 1934 ausgeworfen sind.

Das Approvisionnementwesen - Märkte, Schlachthöfe, Lagerhäuser - ist mit einem Aufwand von 9,191.080 Schilling (1934: 10,511.110 Schilling) und einem Ertragnis von 10,245.710 Schilling (1934: 10,743.520 Schilling) veranschlagt. Die Lagerhäuser, die infolge der durch die zwischenstaatlichen Verhandlungen beeinflussten Tarifpolitik, durch die Konkurrenz der Nachbarstaaten und selbstverständlich auch durch die Wirtschaftskrise in Mitleidenschaft gezogen sind, konnten diesmal ein fast aktives Budget erstellen, da die durchführungsweise Anlastung von Zinsen für die vorgetragenen Verluste aufgelassen wurde.

Beim Veterinärwesen ist erstmalig ein Betrag von 100.000 Schilling für die Einrichtung einer vom Bundesministerium für Handel und Verkehr und vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft geforderten Trichinenbeschau vorgesehen.

Die Rubrik der Sacherfordernisse für den Amtsbetrieb der Hoheitsverwaltung (Amtshäuser, Amtsräume, Kanzleierfordernisse, Einrichtung, Dienstkraftwagen, Porti, Telefon, Versicherungsprämien u. a. m.) ist bei äusserster Sparsamkeit mit 3,447.230 Schilling erstellt, das sind um fast 10 Prozent weniger, als noch für 1934 veranschlagt war.

Das Schulwesen erfordert laut Ausweis einschliesslich Schüler-speisung, Schulhygiene udgl. im kommenden Jahr einen Gesamtaufwand von

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VIII. Blatt

Wien, am .....

59,151.960 Schilling, wovon 52,233.630 Schilling auf das Personal und 6,918.330 Schilling auf Sachaufwand entfallen. Mit obiger Ziffer nimmt das Schulwesen 18'8 Prozent aller Ausgaben überhaupt in Anspruch (gegen 16 Prozent im Jahre 1930). Für den Schulbau XIII. Veitingergasse ist noch eine Restzahlung von 320.000 Schilling erforderlich. Für Lernmittel, die seit Beginn des Schuljahres 1934/35 nicht mehr allgemein, sondern bloss an die Kinder minderbemittelter Eltern unentgeltlich abgegeben werden, sind 520.000 Schilling (1930: 1,318.700 Schilling) vorgesehen.

Unter den Ansätzen für allgemeine Verwaltungsangelegenheiten sind erwähnenswert: die Einnahmen an Gebühren für die Aufnahme in den Wiener Heimatverband per 10.000 Schilling (1934: 360.000 Schilling), die Ausgaben für die Feuerwehr per 6,244.280 Schilling (1934: 6,670.060 Schilling) und die Ausgaben für Volksbildung und Kunstförderung per 178.450 Schilling (1934: 45.000 Schilling); für die Anlagen für Verkehrsregelung und Verkehrsschutz sind 20.000 Schilling vorgesehen.

Zu den Sondervoranschlägen der Fonds ist zu bemerken, dass beim Wiener allgemeinen Versorgungsfonds der Anteil am Zuschlage zu den staatlichen Erbgebühren (1934: 1,152.000 Schilling) als Einnahme des Fonds infolge der für Wien im Abgabenteilungsgesetz geschaffenen Sondernorm zu entfallen hat. Dadurch verringert sich die Abfuhr des genannten Fonds an die eigenen Gelder der Stadt Wien.

Die gesetzliche Fürsorge für arme Wiener Bürger, die bisher vom Wiener Bürgerspitalfonds bestritten wurde, wird unmittelbar von der Hoheitsverwaltung getragen, womit die Jahresgebarung dieses Fonds, welche auch von der Verzinsung der bisher gegebenen Vorschüsse der Stadt entlastet wurde, aktiv wird; der Fonds verwendet seinen nunmehrigen Ueberschuss für Zuwendungen an arme Wiener Bürger. Der Bürgerladfonds erfuhr eine gleichartige Umstellung. Damit ist ein immer wieder ausgesprochener Wunsch der alten Wiener Bürger vom Bürgermeister verwirklicht worden.

\* \* \*  
Der Abgang der laufenden Gebarung im Betrage von 14,254.440 Schilling soll nach dem Antrage des Magistrates durch weitere Ersparungen beim Sachaufwand gedeckt werden, falls trotz Hebung der Wirtschaft das Erträgnis der Abgaben keine Steigerung erfahren sollte.

\*

## Die städtischen Unternehmungen.

Gleichzeitig wurden vom Bürgermeister die von den Direktoren der städtischen Unternehmungen (Gaswerke, Elektrizitätswerke, Strassenbahnen, Brauhaus, Leichenbestattung und Ankündigungsunternehmung) vorgelegten Wirtschaftspläne übermittelt.

### Gaswerke.

Der Wirtschaftsplan geht von der Voraussetzung aus, dass die Gaserzeugung im Jahre 1935 rund 288,460.000 Kubikmeter betragen werde gegen 300,130.000 Kubikmeter, die dem Wirtschaftsplane für das Jahr 1934 zugrunde gelegt waren. Der Verkauf wird pro 1935 mit rund 264 Millionen Kubikmetern angenommen gegen rund 275 Millionen Kubikmetern, die man für das Jahr 1934 erwartet hatte. Mit Rücksicht auf die voraussichtliche Verminderung des Gasabsatzes werden die Einnahmen für Gas um 4'5 Millionen Schilling niedriger präliminiert als im Vorjahre. Als Erfolg für das Jahr 1935 wird ein Gebarungüberschuss von 10'2 Millionen Schilling gewärtigt.

Die Investitionen erfordern einen Aufwand von rund 6 Millionen Schilling, davon betreffen 420.000 Schilling Kreditreste für in Ausführung begriffene Arbeiten und 5'6 Millionen Schilling Neuherstellungen. Der Aufwand wird zur Gänze aus den Mitteln, die aus den Abschreibungen zur Verfügung stehen, und aus verfügbaren Kassenbeständen bestritten.

## Elektrizitätswerke.

Stromerzeugung und Strombezug werden zusammen mit 445 Millionen kWh gegen 448 Millionen kWh im Jahre 1934 angenommen. Der Gesamt-Stromverkauf ist mit 322 Millionen gegen 323 Millionen kWh im Jahre 1934 präliminiert. Auf die Wiener Kraftwerke entfallen von der erwarteten Erzeugung 109'7 Millionen kWh. Der Strombezug aus eigenen Wasserkraftwerken ist mit 96'3 Millionen kWh, der Fremdstrombezug mit 239 Millionen kWh zu Grunde gelegt. Entsprechend der erwarteten Verringerung des Stromverkaufes sind die Einnahmen mit rund 96 Millionen Schilling gegen rund 102'9 Millionen Schilling im Vorjahre angesetzt.

Der Wirtschaftsplan weist einen Gebarungsüberschuss von rund 10 Millionen Schilling aus.

Die Investitionen erfordern einen Geldbedarf von 6'2 Millionen Schilling. Davon betreffen 1'69 Millionen Schilling Kreditreste für in Ausführung begriffene Arbeiten und 4'5 Millionen Schilling Neuherstellungen. Der Aufwand wird zur Gänze aus den Mitteln, die aus den Abschreibungen zur Verfügung stehen, und aus den verfügbaren Kassenbeständen bestritten.

## Strassenbahnen.

Verglichen mit dem Wirtschaftsplan 1934 rechnen die Strassenbahnen mit einer Erhöhung der Beförderungsleistung auf der Strassenbahn und Stadtbahn von 430 Millionen auf 461 Millionen Personen, beim Autobusbetrieb mit einem Rückgang von 21'7 Millionen auf 16'3 Millionen und beim Elektrobuss von 290.000 auf 260.000 Personen.

Die Erhöhung der Beförderungsleistung auf der Strassenbahn und Stadtbahn ist darauf zurückzuführen, dass mit Mitte April 1935 die allgemeine Einführung des 10 Groschen-Tarifes auf sämtlichen Strassenbahnlinien in Aussicht genommen wird. Die Fahrleistung ist bei den Strassenbahnen mit 108 Millionen Wagenkilometern gegen 102'1 Millionen Wagenkilometer für das laufende Jahr angenommen, weist also ebenfalls eine Steigerung, und zwar um 5'9 Millionen Wagenkilometer auf; für die Stadtbahn wird die Fahrleistung mit 17'6 Millionen Wagenkilometer gegen 18 Millionen Wagenkilometer für 1934 angenommen.

Beim Autobusbetrieb wird eine Verminderung von 3'76 auf 3'58 Millionen Wagenkilometer, im Elektrobusbetrieb eine Senkung von 68.000 auf 61.000 Wagenkilometer gewärtigt.

Die erwartete Steigerung der Beförderungsleistung bei der Strassenbahn ist nur auf die Einführung des 10 Groschen-Tarifes zurückzuführen und die damit verbundenen Mehreinnahmen können - wie vorausgesehen - den Ausfall, der durch die Abwanderung von den bestehenden Fahrkartengattungen und den noch immer anhaltenden Frequenzrückgang verursacht wird, nicht voll wettmachen, so dass nur etwa die gleichen Einnahmen wie für das Jahr 1934, und zwar 103'6 Millionen Schilling, vorgesehen werden können.

Die Einnahmen aus der Gepäck- und Hundebeförderung sind um 412.000 Schilling höher angenommen als im Jahre 1934, was darauf zurückzuführen ist, dass bei Erstellung des Wirtschaftsplanes für dieses Jahr die volle Auswirkung des erst am 1. Dezember 1933 eingeführten Gepäckstarifes nicht vorausgesehen werden konnte.

Die Wiener städtischen Strassenbahnen rechnen für das Jahr 1935 mit einem Gebarungsabgang von 6'5 Millionen Schilling; er ist um rund 22 Millionen Schilling kleiner wie der für das Jahr 1934 vorgesehene, was auf die mit 1. Jänner 1934 in Kraft getretenen Bezugskürzungen, weiters den Entfall der Tilgung der Dollar-Anleihe, die Verminderung der Abschreibungsbeträge und schliesslich auf weitere Einsparungen in den Betriebsausgaben zurückzuführen ist.

An Investitionen ist ein Betrag von 8'6 Millionen Schilling vorgesehen gegen 6'17 Millionen Schilling im Jahre 1934. Von diesem Betrage

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

X. Blatt

Wien, am .....

entfallen rund 3 Millionen Schilling auf die Beitragsleistung zum Umbau der Reichsbrücke und 1'2 Millionen Schilling auf die Herstellung der Gleisanlagen im Zusammenhange mit diesem Brückenbau.

## Brauhaus.

Das Brauhaus der Stadt Wien rechnet damit, dass der Tiefpunkt in der Erzeugung bereits überschritten ist, es wird daher mit einer gleichen Erzeugungs- und Verkaufsmenge wie im Vorjahre, nämlich mit 160.000 hl beziehungsweise 150.400 hl gerechnet. Die Einnahmen für Bier und Nebenprodukte werden mit 10'95 Millionen gegen 9'28 Millionen Schilling im Vorjahre präliminiert. Der Wirtschaftsplan weist einen Gebarungsüberschuss von 50.000 Schilling aus. Die Investitionen von zusammen 320.000 Schilling werden aus Abschreibungsmitteln bedeckt.

## Leichenbestattung.

Der Wirtschaftsplan der städtischen Leichenbestattung hat folgende Annahmen zu Grunde gelegt:

9.400 eigene Zandleichen der Unternehmung, 7.600 Fälle von Teilleistungen an private Bestatter und die unentgeltliche Besorgung von 1.800 Leichenbegängnissen. Die Einnahmen aus der Leichenbestattung sind mit rund 127.000 Schilling geringer angenommen.

Der Wirtschaftsplan weist einen Gebarungsüberschuss von 130.000 Schilling aus.

Für Investitionen und Inventaranschaffung ist ein Betrag von 150.000 Schilling vorgesehen, der aus Abschreibungsmitteln bedeckt wird.

## Ankündigungs- Unternehmung.

Die städtische Ankündigungs- Unternehmung rechnet mit Rücksicht auf die Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse mit geringeren Einnahmen aus dem Reklame- und Vermittlungsgeschäft und verringerten Einnahmen aus der Beteiligung an der Wipag und Ravag. Immerhin weist diese Unternehmung einen Gebarungsüberschuss von 75.000 Schilling aus.

-----